

Österreich investiert im Osten

Österreichische Firmen gehören zu den wichtigsten Investoren in Ost- und Mitteleuropa. Sie haben dabei fette Gewinne gemacht und sich an Korruption und Ausbeutung der Beschäftigten beteiligt. Doch nun kann gerade dieses Engagement zu einem Risiko für die heimische Wirtschaft werden. Aus der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus gibt es kein Entrinnen.

Seite 2

Ein Sozialist im EU-Parlament

Im Mai werden 751 Kandidaten aus 28 Mitgliedsstaaten ins EU-Parlament gewählt. Paul Murphy, MEP der Socialist Party (CWI in Irland), war in den letzten Jahren der wohl ungewöhnlichste Abgeordnete. Teil von Protesten und sozialen Bewegungen, konsequent gegen Kapitalismus und Korruption und das Ganze nur zum Gehalt eines durchschnittlichen Arbeiters.

Seite 12

Schwerpunkt

Die EU ist weder sozial, noch demokratisch oder friedlich. Doch Nationalismus ist auch keine Lösung. Für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-
Solopreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 228 | 05.2014

**Auf der Straße, im Betrieb,
beim AMS und in der Gewerkschaft:**

Kämpfen gegen den 12-Stunden-Tag!

Die Lage: 402.323 Arbeitslose, die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945. Mehr als 500.000 Menschen leben unter der Armutsgrenze. Doch das reichste 1 % der Bevölkerung sitzt auf 469

Milliarden €. Der tägliche Schock in den Nachrichten: Budgetloch, Hypo und ein weiteres Sparpaket. Die Pleiten von Alpine & Co. sind noch gar nicht verkraftet und in der Industrie wird wieder

Wir sollen wieder für die Krise zahlen, während jene, die sie verursacht haben, profitieren!

Milliarden €.

Der tägliche Schock in den Nachrichten: Budgetloch, Hypo und ein weiterer Schritt in Richtung totale Arbeitsflexibilisierung. In vielen Bereichen wie Pflege und Verkehr sind 12-Stunden-Dienste

massiv abgebaut. Jetzt will die Regierung als Teil ihres Programms die täglich erlaubte Arbeitszeit auf 12 Stunden erhöhen (vor der Wahl von der SPÖ noch „bekämpft“). Zwar „nur“

harte Realität. Wenn sich die Regierung durchsetzt, dann sind die 12-Stunden bald für alle normal.

Wo ist die Gewerkschaft? Gegen den Arbeitsplatzabbau hat es wenig Widerstand gegeben, das Hypo-Debakel wird hingenommen und das darauf folgende Sparpaket erfahrungsgemäß auch. Das Regierungspaket wird mit den Sozialpartnern verhandelt. Doch zumindest die unzähligen Rechtfertigungen seitens des ÖGB zeugen von massivem Druck der Basis. Der 12-Stunden-Tag wird mit Verweis auf das „Gesamtpaket“ entschuldigt. Ein leichterer Zugang zur 6. Urlaubswöche (aber nur für

einige!) und Beschränkungen bei All-in-Verträgen stehen Verschlechterungen wie dem 12-Stunden-Tag, der Ausdehnung der Probezeit und Aufweichung des Kündigungsschutzes gegenüber. Ein Kuhhandel!

Der alte Krampf mit der Sozialpartnerschaft: Einerseits produziert sie einen faulen Kompromiss nach dem anderen. Andererseits setzen Regierung sowie Unternehmen ihre Interessen auch ohne durch. Die letzten Sparpakte, Lohnverhandlungen oder das „neue LehrerInnendienstrecht“ haben das bewiesen. Die Sozialpartnerschaft ist längst tot. Nötig ist kämpferischer Widerstand ge-

gen Verschlechterungen in so vielen Bereichen. Die SLP organisiert gemeinsam mit linken GewerkschafterInnen und AktivistInnen eine Kampagne gegen den 12-Stunden-Tag. Werde Teil davon!

Jan Millonig

Die SLP fordert:

- Weg mit dem 12-Stunden-Tag!
- Her mit der 6. Urlaubswöche!
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich!
- Kampfmaßnahmen bis zum Streik gegen Verschlechterungen statt fauler Kompromisse!



Der Standpunkt



von Sonja Grusch Was tun bei den EU-Wahlen? Eigentlich bräuchten wir eine Liste, die aktiv und kämpferisch existierende Proteste unterstützt und organisiert und ein antikapitalistisches Programm anbietet. Stattdessen gibt es das Wahlbündnis "Europa Anders" (EA). Soziale Fragen stehen nicht im Vordergrund, zuallererst wird die Stärkung des EU-Parlaments gefordert. Methodisch setzt man auf Spitzenkandidat Ehrenhauser und den Versuch, medienwirksam einen Mini-Volksaufstand zu inszenieren. Mitwirkung ist erwünscht, aber Massenbewegungen oder gar Klassenkämpfe werden nicht als (zentrales) Element von Veränderung gesehen. Statt-

Die Qual der fehlenden echten Angebote

dessen brauche es „Menschen, die ... sich selber informieren, diskutieren, das Internet nutzen und mit der Veränderung in ihrem eigenen Leben beginnen.“ Das Prinzip Stellvertreterpolitik wird nicht durchbrochen. Stattdessen soll man wieder mal für ein Volksbegehr unterschreiben.

Manche werden EA wählen, weil ihnen gefällt, dass es ein Bündnis ist. Andere, weil sie Teile des Programms gut finden. Manche, weil sie irgendetwas „linkes“ wählen wollen. Das kann ich verstehen. Aber ich kann auch verstehen, wenn manche ungültig oder nicht wählen weil sie das Gefühl haben, dass eine Stimme für EA kein Denkzettel von links ist. Denn EA ist keine Vertretung für existierende oder kommende soziale Bewegungen bzw. Kämpfe von ArbeiterInnen. An den Protesten gegen die Bildungskürzungen, den 12-Stunden-Tag oder das Hypo-Debakel beteiligt sich EA nicht, oft mit der Entschuldigung, man sei ja im Wahlkampf. Hä? Ich dachte beim Wahlkampf geht es genau darum, anders als die etablierten Parteien nicht nur Allgemeinplätze zu spucken oder nach Medienauftreten zu schielen, sondern sich mit echten Menschen an echten Protesten zu beteiligen und diesen eine Stimme zu geben! Und genau das wird die SLP in diesem Wahlkampf tun – auch wenn wir nicht kandidieren.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08202021 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Mafiöser Osten versus korrekter Westen?

Die Involvierung der STRABAG im kroatischen Autobahnbau und der Baustoffgruppe Asamer in Sotschi sind Beispiele dafür, wie „gefiebert“ heimische Betriebe vor Korruption sind. Denn auch „westliche“ Unternehmen haben keinerlei Probleme, sich den vermeintlichen „Spielregeln der Anderen“ anzupassen. So etwa im Oktober letzten Jahres, als der Ex-Vorsitzende der Autobahngeellschaft HAC, Josip Sapanar, gestand, Geld mit

einem österreichischen Raiffeisen-Konto gewaschen zu haben. Abgezogen hatte er das aus der Gesellschaft über mehrere Firmen, darunter die STRABAG. Die Baustoffgruppe Asamer hingegen kam wegen Schmiergeldzahlungen („Freundschaftsbeträgen“) und Managementfehlern in Sotschi in die Schlagzeilen. Lösung gefällig? - Völle Öffnung aller Finanzdaten, weg mit dem hochbezahlten Management!



Österreich investiert im Osten

Die Investitionen in Süd- und Osteuropa rütteln an den Grundfesten der kapitalistischen Stabilität Österreichs. Ende 2013 mein-

ehmaligen stalinistischen Staaten: 1.) Die Staatsbetriebe privatisiert wurden (die Folgen waren Auslöser für die Proteste in Bosnien

hungsweise der Inhaber Essl, dessen „unternehmerisches Kalkül“ im Osten zwar zur Krise seines Betriebes geführt hat, jedoch

Das heimische Süd-Ost-Investment kostet die ArbeiterInnenklasse da wie dort Kopf und Kragen.

te Notenbank-Chef Nowotny, die großen Banken seien „gut gerüstet“. Nun verkündet der IWF, dass Österreich in der EU den höchsten Anteil an Engagement in Schwellenländern (= unsichere Märkte) hat, also hohes Risiko.

Der Beginn liegt in den 1980ern, als westliches Kapital neue Anlagermöglichkeiten im Osten suchte, um einer Krise zu entkommen. Das funktionierte (vorübergehend), weil in den

Februar), 2.) Die Finanzmärkte geöffnet wurden und 3.) zumindest Teile der Bevölkerung im Kapitalismus eine Alternative sahen. Österreichische Unternehmen zogen hohe Gewinne auf Kosten der osteuropäischen Bevölkerung ab, entwickelten die Wirtschaft aber nicht und konnten auf Dauer der Krisenfälligkeit des Kapitalismus nicht entgehen.

Beispiele sind die Alpina oder BauMax, bezie-

genug Geld für eine Kunstsammlung übrig ließ. Oder Banken wie die Hypo Alpe Adria, die sich im Osten und Süden Europas auch aufgrund von Unterstützung mafioser Geschäfte und absurder Expansionsstrategien bereichert. Zahlen musste die ArbeiterInnenklasse. Die Frage ist nun, ob man die Schulden anderer zahlt, oder die Verantwortlichen selbst zur Kasse bringt.

Clemens Wiesinger



Hypo Alpe Adria: Pleite, Staatshaftung oder was?

Nein zur Staatshaftung, bei der wir alle für die Hypo zahlen sollen. Doch die Bank in die Insolvenz schicken ist auch keine Lösung. Das bringt enormes Gefahrenpotenzial mit sich, v.a. für die KleinanlegerInnen. Denn in vielen Staaten im Osten gibt es keine Einlagensicherung. Das bedeutet, dass bei einer Hypo-Insolvenz z.B. bosnische KleinsparerInnen ihr Geld verlieren würden. Sie können genausowenig für den Bankrott der Hy-

po wie die Hypo-Beschäftigten. Ein Bankrott kann eine weitere Wirtschaftskrise samt Firmenpleiten und Stellenabbau auslösen. Lösung gefällig? Eine echte Übernahme durch den Staat, mit demokratischer Verwaltung durch Klein- und Gewerkschaften. Keinen Cent für Spekulanten und die Profiteure – im Gegenteil, deren Konten einfrieren und für die KleinsparerInnen verwendet...



Welcher Widerstand bringt's?

Hypo-Skandal, Sparpaket, Nulllohnrunden, Massenarbeitslosigkeit: Es gibt Wut über diese Sauereien. Und es gibt immer wie-

dementsprechend wenig bringen sie auch. Eine höhere Hürde für die Unterschrift, wie z.B. bei einem Volksbegehren, än-

de, PensionistInnen und sozial Schwache sitzen NICHT im selben Boot wie die Reichen und Mächtigen, die Firmenchefs und

bei den Wiener Linien) außerhalb der Stoßzeiten oder Kundgebungen, bei denen nur freigestellte KollegInnen anwesend sind, stören den Betrieb nicht. Sie sind nicht spürbar! Bei jedem Protest ist es wichtig, den nächsten Kampfschritt schon vorzubereiten für den Fall, dass der aktuelle nicht das gewünschte Ergebnis bringt. Wirkungslose Proteste können wir uns nicht mehr leisten. Es braucht große Demonstrationen und Streiks. Auch über Kampfformen wie Betriebsbesetzungen und Blockaden muss diskutiert werden. Denn die Angriffe auf unsere Rechte und unsere Zukunft können wir uns einfach nicht mehr leisten.

Sonja Grusch

Widerstand ist notwendig. Also müssen wir über effektive Formen nachdenken!

der Proteste. Doch die wenigen davon sind erfolgreich. Denn:

1. ist die Ausgangssituation schwer. In einer Krise ist den Herrschenden schwerer was rauszureisen, weil der Kuchen insgesamt kleiner ist.

2. sind die Proteste meist halbherzig und zahm; es fehlt eine Eskalationsstrategie. Eine Unterschrift zu leisten (am besten noch online) oder ein "like" auf facebook ist einfach. Und

dert daran nichts. Das sind Protestformen, die die betroffenen Menschen nicht zusammenbringen. Es baut sich keine Kampagne und Bewegung auf. StellvertreterInnen können Medienöffentlichkeit erlangen und somit eine Bewegung anstoßen. Ersetzen aber können sie diese nicht!

ArbeitnehmerInnen, Erwerbsarbeitslose, SchülerInnen und Studieren-

PolitikerInnen. Tatsächlich herrscht schon längst ein "Klassenkampf" des berühmten 1 % gegen die restlichen 99 %. Dagegen müssen wir uns mit härteren Bandagen wehren. Vereinfacht: nur wenn sie unsere Maßnahmen spüren, werden wir Erfolge haben. Die Gewerkschaftsführung hat in den letzten Jahren einige Proteste organisiert. Das ist gut so. Doch Dienststellenversammlungen (wie

Profitgeilheit in Rot-Weiß-Rot

Seit 1995 hat Österreich die Warenausfuhr nach Mittel- und Osteuropa mehr als vervierfacht. Bei Direktinvestitionen liegt Österreich in 10 dieser Länder unter den drei größten Investoren, in vier ist es sogar der größte Investor. 1859 Unternehmen waren am osteuropäischen Markt in mindestens einem Land tätig, drei davon sogar in 16 Ländern (Doka GmbH, Eglo Leuchten GmbH, Schiedel AG). Siemens ist

vor Ort in zehn Länder aktiv, die Vienna Insurance Group in 14. Etwa 20% der multinationalen österreichischen Konzerne investieren ausschließlich in der Region. 50% des Gesamtkapitals und 70% der Beschäftigten von österreichischen Tochtergesellschaften arbeiten in Osteuropa. Insgesamt wurden im Jahr 2008 rund 10 Milliarden Euro investiert, auf der Börse 51 Milliarden Euro.

Im Bankensektor sind die Bank Austria, Raiffeisen und Erste Bank am stärksten auf dem mittel- und osteuropäischen Markt vertreten. Die allbekannte Hypo Alpe Adria hat in sechs Ländern expandiert. In Bosnien kontrollieren Österreichs Banken den Markt völlig. Die österreichischen Banken, die in diesen Regionen tätig sind, haben Kredite im Volumen von 326 Mrd. Euro ausgegeben, viele uneinbringbar.

Investitionen in Polen, in Tschechien, der Slowakei, in Ungarn und in Slowenien brachten 8% Rendite (gemessen am eingesetzten Eigenkapital), in 14 weiteren Staaten (Balkan, Russland, Ukraine) sogar 9,6%. Zum Vergleich lag die Rendite in der übrigen EU bei ca. 3,9%. Die Löhne und Arbeitsbedingungen bei österreichischen Unternehmen passten sich gewinnbringend dem niedrigen und miesen Niveau an.

Der rechte Rand

Heinz-Christian Strache wurde offenbar klar, dass Andreas Mölzers Aussagen („Neger-Konglomerat“, rassistische Bemerkungen über David Alaba und ähnliche „Einzelfälle“) für die bevorstehenden EU-Wahlen nicht zu gebrauchen sind. Mit Mölzers Rücktritt als Spitzenkandidat ist die blaue Fraktion wieder mal aus dem Schneider und kann munter ihrer rechten Hetze frönen. Doch hinter dem scheinbar neuen gemäßigterem Kurs stecken nach wie vor die alten rechten Ideologien und Köpfe. So z.B. der derzeitige Spitzenkandidat Harald Vilimsky, welcher für die Prägung des Wortes „Negativzuwanderung“ bekannt ist. Auch Franz Obermayr, Mitglied der Corps Frankonia-Brünn, Alemannia Wien zu Linz und Germania München (allesamt schlange Studentenverbindungen), findet sich auf der KandidatInnenliste der Blauen. Ebenfalls aufgelistet ist Dr. Barbara Kappl, bekannt durch ihre Verbindung zu „Pyramidenspielen“.

Es geht nicht um eine Änderung der Ideologie, nur um eine andere Präsentation. Generalsekretär Kickl über Mölzer jun: "Er ist ein sehr intelligenter Burse, der weiß, dass ... Dinge anders formuliert werden sollten." Strache und Mölzer repäsentieren unterschiedliche Flügel desselben Lagers von Rechtsextremen und Gegnern von Arbeitnehmerrechten. Um im EU-Wahlkampf das Anti-EU-Lager bedienen zu können, mußte Mölzers Deutschtümelei dem Österreich-Patriotismus eines Strache weichen. Gefährlich sind sie beide. Daraum ist es jetzt wichtig, eine starke linke Alternative aufzubauen!

Dominik Unter

Streik ist eine der mächtigsten und effektivsten Methoden, um Arbeitskämpfe innerhalb kapitalistischer Strukturen auszutragen. Wenn er richtig ausgeführt wird, kann genug Druck aufgebaut werden, um sogar in Krisenzeiten Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Streik der JungärztInnen in Irland, der Ende 2013 stattfand. Bereits im Sommer wurde innerhalb der Irish Medical Organisation, der Medizingewerkschaft Irlands, über einen Streik abgestimmt. Das war die Reaktion auf unmenschliche Arbeitsbedingungen bei JungärztInnen: Oft gab es

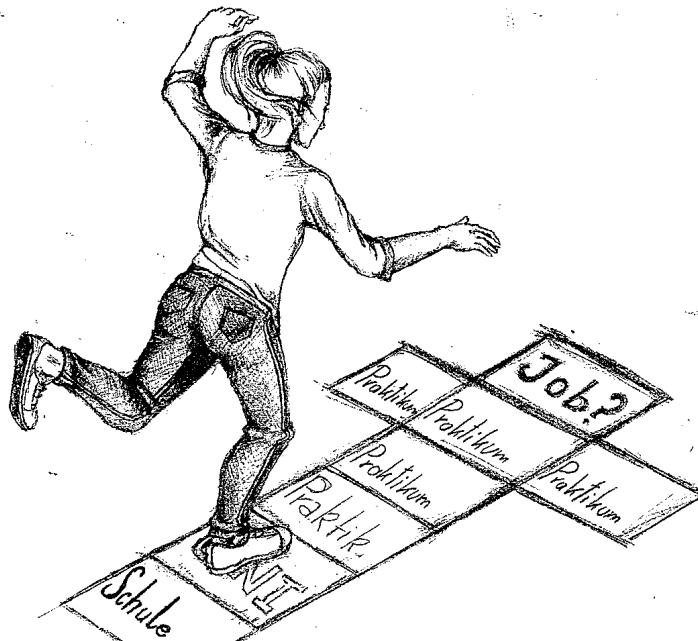
Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

Schichten, die über 24 Stunden hinausgingen. Selbst eine 100-stündige Arbeitswoche war keine Seltenheit.

Im Oktober 2013 beteiligten sich 3.000 JungärztInnen an einem eintägigen Streik. Gleichzeitig wurde über ihre Forderungen intensiv verhandelt – und das mit Erfolg! Ab Januar 2014 soll keine ÄrztIn mehr als 24 Stunden am Stück arbeiten. Bis Ende 2014 sollen die Wochenstunden in allen Spitäler verkürzt werden. Um das Einhalten dieser Errungenschaften zu gewährleisten, wurde ein nationales Monitoring geschaffen, an das man sich wenden kann. Es sieht neben finanziellen Sanktionen auch die Möglichkeit vor, einzelne ManagerInnen aufgrund eines Verstoßes durch eineN ÄrztIn des betroffenen Spitals zu ersetzen.

Fazit: Streiken bringt's! Es ist an der Zeit, dass sich die österreichischen Gewerkschaften an diesem und anderen erfolgreichen Kämpfen ein Beispiel nehmen!

Nikita Tarasov



Praxis Praktikum bekämpfen!

Die Vergangenheit hat uns eingeholt: Wo früher teures Lehrgeld für eine Ausbildung bezahlt wurde, ist heute die „Generati-

tig Praktika für den Beruf sind und dass es besser sei, für einen ansprechenden Firmennamen im Lebenslauf auf ordentliche Bezahl-

Lippenbekenntnisse und lasche Infos. Zwar finden sich in den „Forderungen an die Bundesregierung“ des ÖGB kritische Wor-

junger Menschen. Man beschränkt sich auf das Verteilen von Gütesiegeln an Unternehmen, die besonders „praktikantInnenfreundlich“ sind. Kampfmaßnahmen? Fehlanzeige!

Doch gerade jetzt, wo trotz steigender Arbeitslosigkeit der 12-Stunden-Tag droht, ist es dringend notwendig, einen gemeinsamen offensiven Kampf von SchülerInnen, ArbeiterInnen und Studierenden zu führen. Gegen Lohndumping und mies bezahlte Praktika und für ordentliche Jobs und Entlohnung für alle (z.B. Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn und Personalausgleich).

Gabriel Winkelmüller

Druck auf den ÖGB aufbauen – JETZT gegen Arbeitslosigkeit & „Praktikumwahnsinn“ kämpfen!

on Praktikum“ drauf und dran, UnternehmerInnen eine besondere Form der Ausbeutung zu bieten. Billige oder sogar kostenlose Arbeitskräfte werden mit wenigen intransparenten Rechten abgespeist. Aufgrund des massiven Drucks von AusbilderInnen und Arbeitsmarkt kommen sie kaum auf die Idee, mehr zu fordern.

Schon in der Schule trichtert man uns ein, wie wich-

lung zu verzichten. Dieses Bild zieht sich weiter durchs Studium: hier werden Praktika noch seltener entlohnt (1/3 wird gar nicht, der Rest meist sehr schlecht bezahlt). Nach dem Uni-Abschluss dreht sich die Endlosschleife Praktikum für 13 % der AbsolventInnen weiter, wobei auch hier ein Viertel der Praktika nicht entlohnt wird.

Von den Gewerkschaften gibt es zu diesem Thema nur

te über Praktika, die Forderung in diesem Bereich beschränkt sich jedoch auf die nach einer „Fachkräfte-milliarden“. Dabei sollte gerade der ÖGB ein Interesse daran haben, mies bezahlte Praktika zu bekämpfen, da sie fair bezahlte Vollzeitjobs verdrängen und zu Lohndumping führen.

Auch von der ÖH kommen keine offensiven Schritte gegen diese Ausbeutung

Knowles – Kein Plan, nur mieser Sozialplan?



2006 verkaufte Philips die Halbleiterpartie an mehrere Private-Equity-Fonds (u.a. KKR). Es wurde NXP gegründet. Meist werden solche Beteiligungen ca. 5 Jahre gehalten und ausgepresst, dann scheibchenweise verkauft. So auch beim Werk in Wien Favoriten. 2011 wurde an Knowles weiterverkauft, die ersten Kündigungen folgten 2012; dann 2013 der Abbau von ca. 100 Jobs. Diesen Juni wird die Produktion eingestellt, 283

Beschäftigte stehen auf der Straße.

Vorbereitung auf dieses Szenario gabs von der Gewerkschaft – trotz des Wissens darum – keine. Nun gibt es einen Sozialplan. Die wenigsten KollegInnen sind damit zufrieden. In die Verhandlungen war nicht einmal der ganze Betriebsrat eingebunden, und Infos gab es nicht. Kein Wunder, dass über Packeleien gemunkelt wird. Es gibt Druck auf Beschäftigte und Drohungen, dass manche aus dem

Sozialplan nichts bekommen. So sollte Betriebsratsarbeit nicht aussehen! Mit Offenheit und Transparenz gibt es keine Gerüchte. Mit Einbeziehung der KollegInnen in die Verhandlungen und einer Abstimmung vor dem Abschluss kann der Betriebsrat sicher sein, dass die Belegschaft hinter ihm steht. Er könnte Kampfmaßnahmen organisieren, um Standort und Jobs zu erhalten.

Herbert Wanko,
ehem. Betriebsrat bei NXP

Hypo-Proteste: Perspektive notwendig!

Im Frühling entfalteten sich die ersten Proteste gegen den Hypo-Skandal. Leider blieben sie meist weit hinter dem, was notwendig wäre, um ausreichend Druck auf die Regierung auszuüben. In Wien konnten die OrganisatorInnen, die aus dem Piraten und teilweise sogar dem Neos-Umfeld kamen, den Demos keine Perspektive geben. Stattdessen wurde zahnlos „für einen U-Ausschuss“ protestiert. Die SLP machte auf den Demos in Flugblättern klar, dass ein U-Ausschuss das Problem nicht lösen wird: Er würde nur prüfen, ob „die Regeln“ eingehalten wurde, ohne sie in Frage zu stellen. Zudem ja VertreterInnen von Parteien, die den Skandal verursacht haben, in so einem Ausschuss sitzen. Und sollte der Ausschuss tatsächlich etwas rausfinden, wird er eben abgedreht, wie der Korruptionsausschuss. Oder die Ergebnisse werden nicht veröffentlicht. Als Helga Schröder von der SLP in ihrer Rede betonte, dass „ein U-Ausschuss nicht reichen wird, sondern die Profiteure enteignet werden müssen“ erhielt sie lauten Beifall dafür.

Die OrganisatorInnen der „Proteste“ in Wien und Graz bemühten sich, die Demos „unpolitisch“ zu halten. Darauf gaben sie der FPÖ und

rechten Verschwörungs-“TheoretikerInnen“ eine Bühne, während sie gegen Linke teilweise sogar physisch vorgingen. Tatsächlich waren aber viele TeilnehmerInnen unserer Vorschlägen oder linker Politik gegenüber alles andere als feindlich eingestellt. Wir verkauften viele „Vorwärts“-Ausgaben. Unsere Forderung nach völliger Öffnung der Hypo-Unterlagen wurde interessiert aufgenommen. Leute schätzten, dass wir offen sagten, wer wir sind und wofür wir stehen. In einer sozialen Bewegung müssen alle teilnehmenden politischen Strömungen mit offenem Visier kämpfen, um die Bewegung durch die Auseinandersetzung mit verschiedenen Ideen tatsächlich voranzubringen. Rechte „AktivistInnen“ zu integrieren verbreitert die Bewegung nicht, sondern schottet sie von großen Gesellschaftsgruppen wie MigrantInnen und GewerkschafterInnen ab.

Es müssen klare Forderungen ausgearbeitet werden und Angebote an ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, PensionistInnen und Jugendliche formuliert werden, statt hohler Appelle an „das Volk“. Es braucht gewerkschaftliche Mobilsierungen, Demos, Streiks. Dafür wird sich die SLP auch weiterhin einsetzen.



Widerstand gegen Strache!

Am 1. Mai kommt Strache nach Linz und macht den Urfahrner-Markt zum Treffpunkt der regionalen Nazi-Szene. Wie in

denen weniger. Kein Wunder: Denn seit Jahrzehnten peitscht die SPÖ soziale Verschlechterungen durch.

Jugendzentren („Wo kann ich unterschreiben?“), auf der Landstraße und der Donaulände knüpften wir viele Kontakte und ver-

Die FPÖ hat in Linz nichts zu suchen. Und schon gar nicht am 1. Mai! Die SLP organisiert Proteste.

den Vorjahren organisierte die SLP Proteste, initiierte das Bündnis „Stahlstadt gegen Strache“ und ruft zur Antifa-Kundgebung auf. Weltweit gehen am 1. Mai Millionen auf die Straße, um für ihre Interessen zu kämpfen. Die Aufmärsche der SPÖ zeigen demgegenüber ein anderes Bild: Österreichfahnen, unpolitische Reden, das Publikum wird älter, die TeilnehmerIn-

Die FPÖ will das Versagen der SPÖ nutzen, mit rechter Hetze punkten und MigrantInnen für die soziale Misere verantwortlich machen. Viele haben davon genug. Das Interesse an Widerstand gegen die FPÖ ist groß: Bei Aktionen an Schulen („Da bin ich auf jeden Fall dabei“), Unis („Die Uni-Linker interessieren mich nicht, aber zu eurem Treffen werde ich kommen“),

kaufen über 100 'Vorwärts'. Bei ihren „Bürgergesprächen“ konfrontierten wir die FPÖ mit Gegenaktionen und erhielten viel Zuspruch. In Diskussionen stellten wir klar, dass es nötig ist, den Kampf gegen die FPÖ mit dem Kampf gegen den krisenhaften Kapitalismus, der den Nährboden für Rassismus immer wieder aufbereitet, zu verbinden.

Flo Klabacher

Wiener Linien: Mehr Personal statt Überwachung!

Vor den Personalvertretungs-Wahlen bei den Wiener Linien wollte sich die Gewerkschaftsführung, die jahrelang Verschlechterungen akzeptierte, als „Interessensvertretung“ präsentieren. Aufgrund gestiegener Übergriffe auf Öffi-LenkerInnen fordert sie „mehr Videoüberwachung“ und organisierte am 23. April Betriebsversammlungen zu Dienstbeginn. Die SLP intervenierte mit einem Flugblatt. Wir betonten, dass Kameras keine Si-

cherheit bringen, sondern die Beschäftigten der Willkür des Unternehmens aussetzen. Wir fordern mehr Personal und Ausbau der FahrerInnenkabinen. Das sahen auch viele KollegInnen so. „Überwachungskameras haben noch kein Leben gerettet. Außerdem lass mich mich doch nicht überwachen!“ meinte ein Kollege. Auch die miesen Lohnabschlüsse hätten viele gern diskutiert. Einer sagte: „Wir müssten mindestens bis Mittag streiken!“

Termin des Monats



4.6.: Rechten Aufmarsch verhindern!

Die rechtsextreme Burschenschaft Olympia plant für den 4. Juni einen Aufmarsch in der Wiener Innenstadt. Sie gilt als die größte deutschnationale Verbindung, war zeitweise wegen Wiederbetätigung verboten und in den Südtirol-Terrorismus verwickelt. Sie stellt FPÖ-Granden wie Martin Graf und Harald Stefan. Mit der 'Offensive gegen Rechts' werden wir gegen diesen Aufmarsch mobilisieren. Kein Fußbreit den Faschisten!

Nähtere Infos auf: slp.at

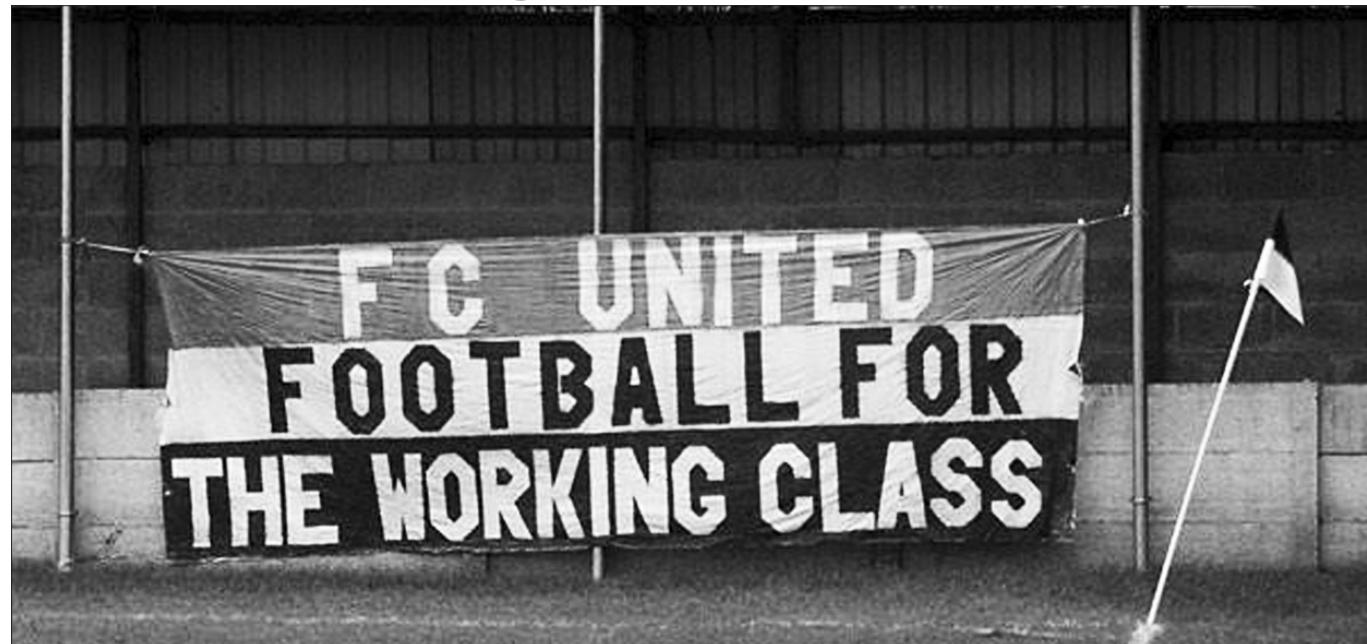


Der Neffe war gnadenlos, der Sitzstreik vor dem Justizpalast half nicht, und auch der Bundespräsident wollte sich nicht für die 300m²-Wohnung einsetzen. Johannes Schwarzenberg, auch „Erbprinz Aki“ genannt, vertrat die Familienstiftung und delogierte seine Tante. Gertrud Festetics – ungeachtet der Adelsaufhebung vor 95 Jahren in den Medien als „Gräfin“ betitelt – benötigte dann aber doch keine Notschlafstelle. Derlei familiäres Ungemach erleiden viele mangels Familienbesitz nicht. Nein, die werden „ganz normal“ auf die Straße gesetzt, weil sie die Miete nicht zahlen können. Etwa tausend mal geschah dies im Jahr

Rote Seitenblicke

2011, und das nur aus Wiener Gemeindewohnungen. Private VermietInnen oder Banken sind schneller beim Klagen und Räumen. Ohne Medienaufmerksamkeit und völlig unadelig werden Familien zwangseräumt, die ein Kind mit besonderen Bedürfnissen haben. Obwohl zwischen zahllosen Einrichtungen und Behörden Informationen fließen (angeblich um „Lösungen zu finden“), wird den Betroffenen weder geholfen, noch sind genaue Zahlen verfügbar. 2012 wurde eine Familie wegen „unleidlichem Verhalten“ unter Mitwirkung all dieser „vernetzten“ Einrichtungen auf die Straße gesetzt. Dass der Sohn Epilepsie hat, wurde nicht geglaubt. Besser ist „Vernetzung“ von unten, Solidarität genannt: Wenn sich etwa in Köln hunderte Menschen dagegen wehren, dass im Profitinteresse von ImmobilienbesitzerInnen ein Mieter aus seiner Wohnung vertrieben wird (Alle für Kalle!) und dabei die gesamte Wohnungsmisere angreifen (Kalle für Alle!).

Helga Schröder



Fanpower im Fußball

Fußball ist ein Geschäft, wie alle anderen Sportarten auch. Sportlicher Misserfolg kann für Vereine tödlich sein. Diese Erfahrung machen gerade

der Vienna werden erste Schritte in eine ganz neue Richtung der Organisation gemacht.

Vor einigen Wochen besuchten Mitglieder die

Der Verein ist stolz auf seine demokratischen Strukturen. Außerdem zeichnet sich der Club durch vielfältiges soziales Engagement aus. Dieses

schaft sind. Private Eigentümerstrukturen sind das Gegenteil davon. Österreichische Vereine sind zwar auf dem Papier Mitgliedervereine. Dennoch blickt man oft nicht durch, was eigentlich geschieht und wessen Interessen im Hintergrund mitspielen. Mitsprache und Transparenz sind auch für die Vienna-Fans wichtig. Eine Neugründung wie bei FCUM ist eine Möglichkeit.

Fanvereine als Alternative zur völligen Kommerzialisierung des Fußballs?!

die Fans des First Vienna FC. Unfähigkeit des Präsidenten, Abhängigkeit von Fernsehgeldern und die Gefahr eines Abstieges in die Regionalliga Ost haben den Verein an den Rand des Untergangs gebracht.

Immer mehr Fußballfans wollen nicht mehr zuschauen, wie ihre Vereine entweder zu Grunde gerichtet oder in globale Unterhaltungskonzerne verwandelt werden. Bei

ser neuen Struktur den FC United of Manchester (FCUM). Der gilt als Paradebeispiel für eine neue Form von Fußballverein, dem Fanverein. FCUM wurde aus Enttäuschung über die Übernahme von Manchester United durch die Glazer-Familie gegründet. Danach kehrten etliche United Fans der Premier League den Rücken und gründeten einen Amateurverein.

ist (fast) wichtiger als der Erfolg auf dem Platz. Viele FCUM Fans sind sich über die sportlichen Grenzen ihres Projekts im Klaren: In den Profifußball kommt nur, wer seine Prinzipien verrät. Das will man dort nicht.

In Manchester erlebten die Vienna Fans, dass klare Strukturen, Transparenz und Demokratie wichtige Mittel gegen Misswirt-

Christian Bunke

Burgtheater: Einen Profit will er sich machen!

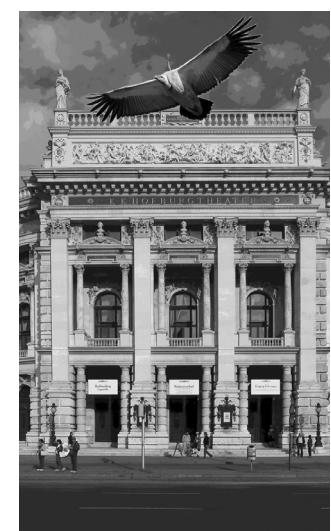
Anwälte bekriegen sich über die Schuldfrage im Burgtheaterskandal. Aber egal, wer wie darin verwickelt ist: das Geld fehlt. Das Defizit soll laut Profil 10-13 Mio. € betragen. Ex-Burgtheaterchef Hartmann soll zu seinem Honorar von 220.000 Euro zusätzlich 250.000 Euro für „künstlerische Tätigkeiten“ erhalten haben (Quelle: orf.at). BühnenarbeiterInnen erhalten einen Bruchteil davon! Die hohen Gagen sind Ausdruck des bürgerlichen

Kulturverständnisses und der politisch Verantwortlichen. Wozu braucht es die überbezahlte Leitung überhaupt? Es gibt demokratisch selbstverwaltete Bühnenprojekte. Die machen eine andere kritischere Art von Theater.

Auch die Eigentumsfrage stellt sich. Die Theaterbetriebe sind in einer Bundesholding ausgelagert und rechnen wie normale kapitalistische Unternehmen ab. Laut Betriebsrat hat Hart-

mann von Beginn an mit Sparzwang gedroht. Und jetzt sagt Interimschefin Bergmann, dass sie eisern sparen will. Zahlen sollen die Beschäftigten. Das technische Personal des Volkstheaters wehrt sich gegen Personalabbau und die Schließung der Kostümwerkstätten. Wenn die Vorhänge in Burg- und Volkstheater mal einige Zeit unten bleiben, könnten sie gemeinsam Personalabbau verhindern.

Laura Rafetseder



VORWÄRTSSCHWERPUNKT

EU: Mogelpackung mit unangenehmen Nebenwirkungen

Am 25.6.1994 unterzeichnete der damalige SPÖ-Kanzler Vranitzky den Beitrittsvertrag zur EU. Die Regierung sicherte mittels Propaganda-Lawine den positiven Ausgang der Volksabstimmung. Auch der ÖGB war gemeinsam mit Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer Teil des Jubelchors. Selbst die lange Zeit mehrheitlich EU-kritische Sozialisti-

Parlament oder auf andere gutdotierte Posten. Sie haben sich ihre Karriere „ verdient“.

Die Linke überließ mehrheitlich der FPÖ die EU-Kritik. Diese wetterte unter Haider mit plumpen Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit gegen den Beitritt. Bis heute konnte sich die Rechte fast das Monopol der EU-Kritik bewahren. Ein wesentlicher Grund für den ra-

be der EU im Sinn der Reichen und Eliten gezeigt: sie wurden noch reicher und einflussreicher, während Millionen von EU-Bürgern verarmen.

Die meisten Entscheidungen der EU gibt es auf Wunsch bestimmter Interessensgruppen. Das sind zu 99,9 % jene der Eliten, Reichen und der Konzerne. Sie werden ohnehin schon durch die etablier-

sogar SozialistInnen haben sich vor den Wagen der EU und ihrer Schönfärberei spannen lassen. Friedens- oder Sozialunion sind oft strapazierte Schlagworte. In Wahrheit aber verbreitert die EU mit ihrer Politik die Kluft zwischen Arm und Reich und betreibt durch Privatisierung und Zerschlagung der sozialen Systeme eine immense Umverteilung von unten nach oben.

Wir glauben nicht, dass die EU oder ihr Parlament wirklich zu einem Werkzeug für Verbesserungen des Lebensstandards der „normalen“ Menschen gemacht werden kann. Trotzdem ist es wichtig, das Feld der EU-Kritik nicht den Rechten zu überlassen. Es ist sogar sinnvoll zu versuchen, Abgeordnete ins EU-Parlament zu bekommen. Aber nicht, damit sie dort

Das Versagen der Linken und vor allem der SPÖ in der EU-Frage hat die FPÖ erst richtig groß gemacht!

sche Jugend (SJ) hatte eine 180°-Wendung vollzogen. Weil AktivistInnen rund um die Zeitung „Vorwärts“ eine starke die EU ablehnende Opposition aufbauten, wurden Sie 1992 aus der SJ ausgeschlossen. Daraus entwickelte sich schließlich die SLP. Einige unserer damaligen GegnerInnen sind im Korruptionssumpf untergegangen. Andere schafften es in Landes- und Bundesregierungen, das

santen Einfall der FPÖ in Kernschichten der Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung!

Viele Befürchtungen und Warnungen haben sich seitdem bewahrheitet, die wenigsten Versprechen wurden gehalten. Der Frust Vieler ist verständlich und berechtigt. Ihr Lebensstandard hat sich in den letzten 20 Jahren drastisch verschlechtert. Die Wirtschaftskrise hat sehr deutlich die Aufga-

te Politik vertreten. Darüber hinaus gibt es noch geschätzte 20.000 (!) LobbyistInnen in Brüssel. Spätestens seit den Offenbarungen des ehemaligen österreichischen EU-Abgeordneten Strasser wissen wir, dass über LobbyistInnen Beschlüsse, Richtlinien, Verordnungen und Gesetze gekauft oder zumindest beeinflusst werden.

Viele ehemalige Linke, GewerkschafterInnen und

Und selbst angesichts der „Friedensmissionen“ zeigt die EU ihr wahres Gesicht: gibt es für die europäischen Konzerne nichts zu holen, ist auch die größte Kriegskatastrophe wurscht. Deswegen hat die EU jahrzehntelang die im Arabischen Frühling gestürzten Diktatoren in Tunesien, Libyen, Ägypten oder Syrien unterstützt. Wirklichen Frieden hat die EU nur den Palästen der Reichen gebracht.

Albert Posnanski

Jugendarbeitslosigkeit in der EU:



Zahlen und Fakten: Europäische Union

► Ca. 130 Mrd. € an Sparpaketen hat die Troika bereits von Griechenland erpresst. Zusammen mit zahlreichen anderen Maßnahmen führt das zu neuem Massenelend. Die 206,9 Mrd. € (Stand 6/2013), die an "Rettungspaketen" gezahlt wurden, flossen laut ATTAC zu mind. 77% an Privatunternehmen aus der Finanzwirtschaft. An wen genau bleibt geheim. Als die Sparprogramme schon liefen, bestellte Griechenland 2010 zwei deutsche U-Boote (2,8 Mrd. €) und sechs französische Fregatten (3,5 Mrd. €). Wo Kinder im Unterricht vor Unterernährung zusammenbrechen, dürfen sich französische und deutsche Rüstungsunternehmen über fette Deals freuen ...

► Seit 2004 gibt es die „European Defense Agency (EDA)“, eine EU-Rüstungsagentur. Sie soll dabei helfen, die Waffenkäufe der EU-Staaten zu koordinieren und so auch die Einsatzfähigkeit von „EU-Battle-Groups“ erhöhen. Der Einsatz solcher „Kampfgruppen“ wurde z.B. im Zusammenhang mit den Massenprotesten in Griechenland oder derzeit im Zusammenhang mit der Ukraine diskutiert. Bis jetzt wurden sie aber noch nie eingesetzt. Das uneinige Auftreten der NATO bei den Kriegen

in Afghanistan und Irak macht deutlich, dass europäische Mächte und die USA nicht immer die gleichen Interessen verfolgen. Die Militarisierung der EU ist ein Parallel-Projekt zur NATO, was der EU die Möglichkeit gibt, ihre imperialistischen Interessen auch unabhängig zu verfolgen.

► Laut der NGO „Lobbycontrol“ sind allein in Brüssel ca. 14.000 LobbyistInnen aus der Wirtschaftstätig. Im neuen EU-Parlament sitzen 751 Abgeordnete. Somit kommen fast 19 Wirtschafts-LobbyistInnen auf eine Abgeordnete. Anders als „NGO-LobbyistInnen“ haben sie oft direkten Zugang zu EU-KommissarInnen, versorgen die Abgeordneten mit „Informationen“ und arbeiten an Gesetzen mit, wie z.B. Medienwirtschafts-LobbyistInnen an ACTA. Nach den letzten EU-Wahlen 2010 wechselten 6 von 13 EU-KommissarInnen zu Lobby-Organisationen. (Quelle lobbycontrol.de)

► Das Monatsgehalt eines/r österreichischen EU-Abgeordneten beträgt 7.957 €. EinE Vollzeit-ArbeiterIn verdient 1.916 €; in den meisten Ländern deutlich weniger. Der österreichische EU-Kommissar Hahn erhält 19.910 €/Monat, also mehr als das 10-fache!

Die EU des Kapitals spaltet Europa

1952 bildeten Frankreich, Deutschland und vier weitere Länder die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“. Unmittelbar nach dem Weltkrieg war nicht nur die Infrastruktur massiv angeschlagen. Auch der Kapitalismus befand sich im

Euphorie des größten Teils des Bürgertums glauben mochte. Der Grund lag in der durch den Zusammenbruch des Stalinismus ab 1989 geänderten Weltlage. Die kapitalistische Krise hatte Europa noch nicht im Würgegriff. So träumten einige

Wenn die KapitalistInnen Europa zu einigen versuchen, kommt für uns dabei nichts Gutes heraus.

Wiederaufbau. Gleichzeitig existierte mit dem Stalinismus ein alternatives Wirtschaftssystem im Weltmaßstab. Noch dazu ging die Sowjetunion aus dem Krieg und den darauf folgenden kolonialen Revolutionen gestärkt hervor. Das war für den Kapitalismus, ungeachtet seiner eigenen zwischenstaatlichen Konflikte, eine existentielle Bedrohung. Aus der deutsch-französisch-italienischen Kooperation zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit entwickelte sich die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ und daraus eine Säule der mit dem Maastricht-Vertrag 1992 gegründeten „Europäischen Union“ (EU). Zuvor hatten sich nicht nur die USA zur führenden Weltmacht gemausert. Angesichts der Rolle Japans und Chinas in der globalisierten Wirtschaft strebten die besitzenden Klassen in Europa nach einer besseren Position. Die 90er sahen die Hochphase dieser EU. Alles schien möglich, wenn man der

Rüstungsgipfel Ende 2013 wurden „Gebiete von privilegiertem EU-Interesse“ ausgelotet. Sie reichen von Zentralasien über Suuz bis in die Arktis. Die „Europäische Verteidigungsagentur“ ist dafür verantwortlich, dass die EU bei Kriegswaffenexporten seit 2000 erstmals weltweit führend ist! Es geht um Kapital-Interessen, nicht um Frieden.

Mythos 2: Wohlstandsunion. Die EU-Kommission berichtet, dass „mehr als 120 Mio. Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht“ sind. Das entspricht 24 % der Gesamtbevölkerung! Die Lösung der Kommission? „Es ist fraglich, ob die Systeme der sozialen Sicherheit langfristig tragbar sind.“ Seit 1996 ist es offizielles EU-Ziel, „die Lohnskala nach unten zu spreizen“ und „Lohnersatz- und Sozialleistungen“ zu kürzen. Die EU bekämpft die bestehende Armut nicht effektiv, sondern verschärft zusätzlich durch ihre neoliberalen Politik die soziale Lage von Millionen Menschen. Die Lohnquote (Anteil der Löhne und Gehälter an den Gesamteinkommen) in Europa liegt inzwischen deutlich unter jener in Japan und den USA. Wenn Menschen in ärmeren Regionen Hoffnungen in einen EU-Beitritt haben, werden diese enttäuscht. Schon in den Beitrittsverhandlungen drängt die EU auf Kürzungs- und Privatisierungsprogramme.

Mythos 3: Menschenrechte, Demokratie und



Freizügigkeit. Die EU bringt nicht mehr Demokratie. Das EU-Parlament ist weitgehend zahnlos, die Regierung (EU-Kommission) wird nicht demokratisch gewählt. In Krisensituationen agiert die EU mit diktatorischen Verfügungen (Troika in Griechenland). Eine Kontrolle der Demokratie-Standards in den Mitgliedsstaaten erfolgt halbherzig. Als die ungarische Regierung ArbeiterInnenrechte außer Kraft setzte und die Medienzensierte, gab es

marktes nach Osteuropa 2011: In Westeuropa wurde Panik vor einer „MigrantInnenflut“ geschürt, während Österreich in Ungarn Plakat-Werbung zur Anwerbung von (billigen) Arbeitskräften machte. Als in Frankreich Roma gegen gelendes Gesetz nach Rumänen abgeschoben werden sollten, zeigte die EU, wie ernst ihr die Verteidigung der Freizügigkeit wirklich ist. Nach kurzer diplomatischer Verstimmung ließ man alle angekündigten rechtlichen Schritte fal-

von Krisen alle Widersprüche zuspitzen: zwischen den globalen Blöcken, zwischen den Nationalstaaten in der EU sowie zwischen den besitzenden und arbeitenden Klassen.

Die Zukunft der EU hängt von der Konjunktur des kapitalistischen Verfalls ab. Ohne jede einzelne Wendung vorhersehen zu können, ist der Trend klar: statt einer Ausweitung wird es eine Zunahme an EU-Skepsis auf allen Ebenen geben. Von Austritten kleiner oder gar großer Länder (Britannien?) bis zur Umsetzung des Projekts „Kerneuropa“ (D/FR/Ö/B): durch Umbrüche oder Neuformierungen wird sich für die ArbeiterInnenklassen nichts Grundlegendes ändern. Die sozialen Probleme bestehen im Krisen-Kapitalismus so oder so.

Wir haben nicht das Geringste mit jener nationalistisch geprägten EU-Ablehnung zu tun, die in ihren vielfältigen Schattierungen von (leider auch) so manchen Linken, über Pseudolinken, „Euro-GegnerInnen“ und „PatriotInnen“ bis hin zum militanten Rechtsextremismus reichen. Wir kämpfen für ein geeintes Europa der ArbeiterInnen und Jugendlichen auf sozialistischer Grundlage! Die EU ist dabei genauso Gegner wie jeder nationalstaatliche Kapitalismus.

Die Kritik an der EU darf nicht den Rechten und Nationalisten überlassen werden.

nur oberflächliche Proteste der EU. Sie stützt in der Ukraine eine Regierung, in der Faschisten und korrupte OligarchInnen sitzen.

Die EU-Flüchtlingspolitik verstößt permanent gegen grundlegende Menschenrechte. Tausende Menschen sterben jedes Jahr beim Versuch, die Außen-Grenzen zu überwinden. Wer es schafft, dem drohen Abschiebung oder Rechtlosigkeit unter miesesten Bedingungen und unterbezahlte Arbeit.

Dass BürgerInnen eines EU-Landes heute leichter im EU-Ausland leben und arbeiten können als früher ist eine feine Sache. Doch Arbeitsmigration wird missbraucht, um Löhne zu drücken. Beispiel Öffnung des Arbeits-

len. Man begnügt sich mit jährlichen Statusberichten. Die EU beglaubigt somit die rassistischen Praktiken ihrer nationalen Bestandteile.

Die EU ist ein Instrument der KapitalistInnen, um Profite zu steigern und Märkte zu erobern. Das große Dilemma: Es gibt kein wirklich einheitlich agierendes europäisches Kapital. Zu groß sind die Interessensgegensätze zwischen den EU-Staaten. Ein entscheidendes Merkmal des Kapitalismus ist die Konkurrenz. Das Schutzschild im globalen Wettbewerb bleibt der Nationalstaat. Die „EU-Integration“ der 90er hat ihren Zenit überschritten. Der Kapitalismus wird durch die bereits begonnene Serie



Marx aktuell

„Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.“ (Engels: Die Entwicklung des Sozialismus 1880)

Seit über hundert Jahren ringen die imperialistischen Mächte Europas mit den USA (und in jüngerer Zeit mit Japan, Russland und China) um die Vormachtstellung am Globus. Die Sozialdemokratie hoffte zumindest auf ein Gleichgewicht zwischen den Großmächten. Als Marxist erkannte Trotzki bereits 1926, dass *„das unerreichbare materielle Übergewicht der USA“* damals *„für das kapitalistische Europa die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Aufstiegs“* ausschließen würde (Europa und Amerika). Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus schließlich war erneut die Rede davon, dass die EU die USA wirtschaftlich überholen könnte. Späte-

EU-Wahl: Sollten sich Linke positiv auf die EU beziehen?

tens durch die Verschärfung der innerimperialistischen und innerkapitalistischen Widersprüche mit Ausbruch der gegenwärtigen Krise mussten die Herrschenden den Traum eines (gegen USA, China und das Proletariat) *„geeinten Europas“* begraben.

Während viele Linke (z.B. europa anders, Étienne Balibar u.a.) wohl noch die Hoffnung hegen, die EU könne die Keimzelle eines sozialen Europas ohne Grenzen und Nationalstaaten werden, erklären die Herrschenden heute offen, worum es ihnen wirklich geht: um eine Verbesserung der Ausbeutungsmöglichkeiten von Mensch, Tier und Natur. Und bei den Angriffen auf *„die da unten“* sind sich die KapitalistInnen meist schnell einig. So ist eine gemeinsame Polizei, die das Eigentum des Kapitals schützt und den *„inneren Frieden“* sichert, damit das Kapital sich ungehindert vermehren kann, auf EU-Ebene durchaus denkbar. Ansätze in die Richtung gibt es bereits. Und obwohl die jeweilige Gesetzgebung eines Landes meist Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen Nationen, Klassen und verschiedenen Kapitalfraktionen (multinationale Konzerne, Großbanken, Familienbetriebe etc.) ist, können wir auch eine zeitweise stärkere Annäherung was z.B. Sozialgesetzgebung, Arbeitsrecht, Finanzregulation usw. betrifft nicht ausschließen. (TIPP ist hier erst der Anfang.)

Dennoch hat z.B. das österreichische Kapital in Osteuropa gesonderte Interessen, das spanische in Lateinamerika etc. Der gespaltene Umgang seitens der EU mit der Krise in Griechenland, die unterschiedlichen außenpolitischen Interessen in Bezug auf die Ukraine und Russland etc. sind Ausdruck dieser Widersprüche. Und gerade in Krisenzeiten treten sie stärker zutage. Z.B.: Welche Infrastruktur (Straße, Bahn, Schifffahrt, Flugverkehr ...) bzw. welche Wirtschaftszweige gehören primär angekurbelt? Gehört der Ackerbau stärker subventioniert oder der Fischfang? Wie wird mit regionalen Unterschieden umgegangen (von denen das Kapital seinerseits profitiert)? Dass Kapital und Staat bzw. Regierungen einander benötigen, gab auch das Kapitalistenblatt *„The Economist“* jüngst zu (Companies and the state, <http://econ.st/1gQ5BoK>). Der Grundcharakter des Staates als eines Instrumentes kapitalistischer Produktionsweise bleibt somit auch in der EU derselbe: *„Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie veraltet.“* (Kommunistisches Manifest, 1848) Uns bleibt nur die Revolution!

Pablo Hörtnér



Europa: Vereinigung im gemeinsamen Widerstand

Vom groß versprochenen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, Frieden und der Stabilität, den die EU-Mitgliedschaft bringen sollte, ist nach 19 Jahren, einer tiefen Wirtschaftskrise, Militarisierung und Ausbau der Fes-

Die existierenden Angebote sind widersprüchlich. Während rechte und (vermeintliche) Linke die Form über den Inhalt stellen und sich den kuscheligen Nationalstaat der 70er Jahre mit überschaubaren Grenzen und heimat-

ternet nutzen und mit der Veränderung in ihrem eigenen Leben beginnen.“ (Ebd.). Dafür braucht es aktiven Widerstand; von ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen, Jugendlichen, PensionistInnen. Und den gibt es auch!

den an europäische Banken nicht mehr bedient, Banken und Konzerne verstaatlicht und beginnt, die Wirtschaft demokratisch anhand der Bedürfnisse der Menschen zu planen. Zweifelsohne würden die Herrschenden der EU auf derart revolutionäre Aktionen mit rabiaten Maßnahmen reagieren.

Die ArbeiterInnenklasse eines einzelnen Landes kann dem Druck des europäischen Kapitals nicht alleine standhalten. Sie ist auf die Solidarität der ArbeiterInnen und Jugendlichen Europas und darüber hinaus angewiesen. Durch Solidaritätsstreiks, Aktionen gegen die „eigene“ Regierung etc. kann man europaweit Kämpfe unterstützen. Konkret: sollte etwa eine linke Regierung in Griechenland beschließen, die Schulden nicht mehr zu zahlen, müssen wir hier in Österreich Aktionen setzen, um die Eintreibung dieser zu verhindern. Die Schulden der Banken und Konzerne sollen nicht die Menschen in Griechenland, Österreich etc. zahlen! Dieser Kampf kann aber weder an nationalen Grenzen noch im Rahmen des Kapitalismus stecken bleiben. Ein sozialistisches

Weil der kuschelige Nationalstaat reaktionäre Utopie und „anders“ allein auch kein fortschrittliches Programm ist.

tung Europa wenig geblieben. Die Instabilität des kapitalistischen Projekts EU zeigt sich vor allem an den wirtschaftlichen und geographischen Rändern. Die Krise, verschärft durch den Kurs von Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission, hat in Griechenland und Spanien eine soziale Wüste hinterlassen. Arbeitslosenraten von über 25 % sind „normal“. Nicht nur in Ländern, in denen mehr als die Hälfte der jungen Menschen keine Arbeit und kaum eine Zukunftsperspektive hat, ist es notwendig, über Alternativen zum Europa der Banken und Konzerne nachzudenken.

licher Währung zurückwünschen, wollen andere „aus der Wirtschafts- und Währungsunion eine richtige Europäische Gemeinschaft schaffen“ (Liste 'Europa Anders'). Diese scheinbar widersprüchlichen Positionen haben gemein, dass sie beide fest auf kapitalistischer Grundlage stehen und weder in der Lage noch Willens sind, darüber hinauszudenken. Aber um die elementarsten sozialen und demokratischen Rechte der Menschen zu verteidigen, reichen nicht „mehr mündige und informierte Menschen, die nicht mehr nur KonsumentInnen sind, [...] sondern sich selber informieren, diskutieren, das In-

Zuletzt demonstrierten am 4. April zehntausende GewerkschafterInnen in Brüssel gegen den sozialen Kahlschlag der EU. Im November 2012 fand der erste europaweite Generalstreik (v.a. in Südeuropa) statt. Auch wenn solche Aktionen teilweise von der Gewerkschaftsbürokratie zum Dampfblassen initiiert waren, zeigt sich das Potenzial und die Notwendigkeit weiter zu gehen. Für eine immer größere Zahl von Menschen in Europa geht es heute ums Überleben. Die Situation ist auch von Seiten des Kapitals derart zugespitzt, dass halberzige Maßnahmen nicht reichen. Das kann und muss heißen, dass etwa Griechenland die Schul-

Griechenland, neben einem sozialistischen Spanien, Portugal, Italien, Irland ... könnte die Grundlage für eine vollständige Neuordnung darstellen. Eine sozialistische Vereinigung wäre nicht nur die einzige Möglichkeit, revolutionäre Veränderungen in den einzelnen Ländern abzusichern, sondern darüber hinaus ein Startpunkt, um auf internationaler Ebene das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden.

Bereits vor 100 Jahren stellten MarxistInnen die Forderung nach den „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ auf. Heute ist es mehr denn je notwendig, an dieser Perspektive anzuknüpfen. Weder der Rückzug auf den vermeintlich besseren Einzelstaat, noch das Versprechen kosmetischer Reformen an einem durch und durch reaktionären Projekt EU werden die Situation der Mehrheit der Menschen verbessern. Das können die ArbeiterInnen und Jugendlichen nur selbst, gemeinsam, solidarisch und international; im Kampf gegen den Kapitalismus als ganzen.

Jan Rybak

Geld für Studis statt für ManagerInnen!

Wieder einmal ein Skandal, wieder einmal ist er wenig verwunderlich. Das Thema: Die empörend hohen Vorstandsbezüge des Facultas-Chefs Stauffer. Facultas selbst ist DIE Uni-Buchhandlung und (nach z.B. Thalia) die viertgrößte Buchhandlung überhaupt. Nach ihrer Gründung 1976 als Copyshop folgten eine spektakuläre Expansion und immer höhere Gewinnausschüttungen (auch wenn diese in den letzten Jahren etwas zurückgingen). Und: Die ÖH-Wien und die ÖH-WU-Wien sind die Eigentümerinnen des Facultas-Verlags. Verlogen scheinen da „Besserungsangebote“ auf der ÖH-Wien Homepage, welche mit „Bücherbörsen“ dem Trend von „...Unterlagen, die einerseits viel kosten, und andererseits in der Ecke verschimmeln“ entgegenzuwirken versuchen!

Der angesprochene Alleinvorstand kassierte für seine „Arbeit“ 2011/12 brutto 458.600 €. Finanziert wurde das zu großen Teilen durch Studierende, die die Pflichtlektüre fürs Studium nur über den Uni-Verlag erhalten. Und daraus ergibt sich die eigentliche Schweinerei: Warum müssen Studierende einem Verein Geld in den Rachen stopfen, der zu ihrer Unterstützung gegründet wurde. Der Servi-

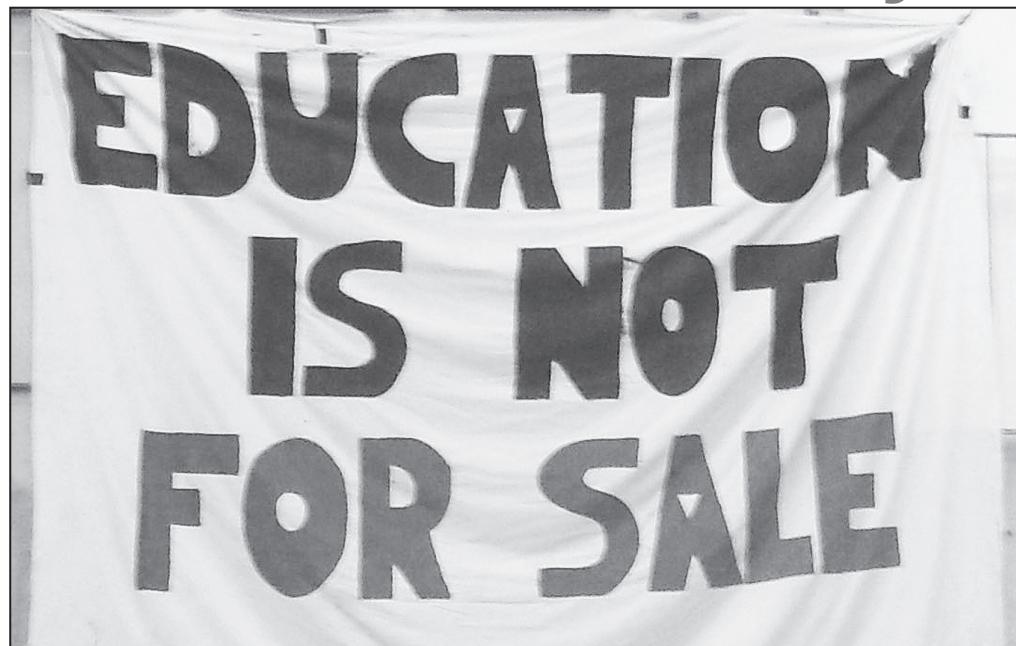
Moritz C. Erkl

ceauftrag der Facultas AG sieht vor, ein flächendeckendes billiges (!) Angebot für StudentInnen zu schaffen. Vereinfacht gesagt: das Geld wollen wir zurück!

Aber damit alleine ist es nicht getan. Studierende sind damit konfrontiert, ständig Geld für Skripten, Studien oder Bücher ausgeben zu müssen. ProfessorInnen verdienen daran mit. Deren Werke, die ja in bereits bezahlter Arbeitszeit entstanden sind bzw. durch Studierende verfasst wurden, sind oft jene Pflichtlektüre. Wissenschaftliche Arbeiten von Studierenden werden von ProfessorInnen oder Unis kommerziell genutzt. Die Studierende sehen doppelt in die Röhre.

Organisatorisch wäre es ein Kinderspiel, Skripten digital und gratis (!) zur Verfügung zu stellen. Doch Geld verdienen kann man dann nicht. Die ÖH fordert immer wieder den kostenlosen Uni-Zugang. Doch es geht um noch mehr: den kostenlosen Zugang zu Bildung. Die ÖH versteckt sich hinter angeblicher Unwissenheit über die Zustände bei Facultas. War nie jemand von der ÖH in einer der Buchhandlungen und hat sich übererteuerte Skripten kaufen müssen?

Moritz C. Erkl



Bildung statt Banken!

117 Millionen Euro. So viel soll im Bildungssystem eingespart werden, während der Staat mal eben

stützungspersonal. Unzählige Schulprojekte sind nur noch dank unentgeltlichen Einsatzes von Leh-

kan Kürzungspläne ins Wanken zu bringen.“ An vielen Schulen brodelt es. Die Regierung machte einen Rückzieher. Nun wird „neu verhandelt“. Klar ist: Die Bildung soll weiter für die Banken bluten. Inhaltlich haben sich Heinisch-Hosek & Co. nicht bewegt. Sie werden versuchen, die Betroffenen gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand bleibt das Gebot der Stunde! Es braucht Proteste an einzelnen Schulen, aber auch Demos und Schulstreiks, um die Angriffe zurückzuschlagen. Die SLP hat zum Aufbau von Widerstand bereits Initiativen für Aktionskomitees an Schulen gesetzt. Mach mit!

Sebastian Kugler

Für gemeinsamen Widerstand und Schulstreiks gegen die Bildungskürzungen!

18 Milliarden für die Hypo locker macht. Die drohenden Folgen: Höhere SchülerInnenhöchstzahlen, Wegfall von Teilungszahlen, Personalkürzungen usw..

Seit Jahren hagelt es Kürzungen. Laut OECD hat Österreich 1995–2010 15 % seines Schulbudgets eingespart. Es fehlt an Geld, Ausrüstung und Unter-

rerInnen, SchülerInnen und Eltern möglich.

Die Kürzungen provozierten Widerstand. Der Vater und Lehrer Markus Grass gründete den „Elternaufstand“. Er meint: „Die gemeinsame Mobilisierung von Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen für ihre gemeinsamen Interessen – Geld für Bildung statt für Banken –

Alltag im BORG Hegelg. 12 (Wien)



Doris, 16, Schülerin, schildert: „In meiner Klasse sind wir 31 SchülerInnen. Wir sind in keinem Fach mehr geteilt. Im Gegen teil: In Ethik wird sogar zusammengelegt: Jetzt sind wir 35! Wir haben für die ganze Klasse 12 Mini-Spindel. Es gibt nicht einmal 1 funktionierendes Radio pro Klasse. Die brauchen wir aber, z.B. für den Englischunterricht. Die technischen Geräte sind völlig veraltet. Haupt-Präsentations-

mittel ist noch immer der Overhead-Projektor, wie in den 60er Jahren! Wir haben einen Audio-Visionen-Zweig, doch nicht einmal genug brauchbare PCs für alle SchülerInnen. Die Sportwoche in der 6. Klasse wurde uns bereits jetzt gestrichen. Was aus geplanten Schulprojekten wird, wissen wir nicht.“ Es ist also schon ohne Kürzungen schlimm genug. SchülerInnen und LehrerInnen haben die Schnauze voll!

Fundstück des Monats AK: Gehts noch zynischer?



Irgendwie sollte die Arbeiterkammer ja eine Interessensvertretung von ArbeitnehmerInnen sein. Und wenn Jobs gefährdet sind, wäre es auch ihre Aufgabe, für deren Erhalt zu kämpfen. Oder so. Stattdessen gibt's eine facebook-Stellungnahme, von der sich DiTech-ArbeiterInnen eigentlich nur verarscht vor kommen können. Dislike.



Ein Sozialist im EU-Parlament

Die EU-Wahlen werden zweifellos die zugenommene Polarisierung in Europa widerspiegeln. Erste Umfragen gehen davon aus, dass es zu einem Anwachsen rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte kommen wird. Die letzten 5 Jahre waren geprägt von der

In meinem Selbstverständnis als Sozialist sehe ich mich in erster Linie als Aktivist und Kämpfer und nicht als klassischen Politiker. Meine Priorität liegt auf der Unterstützung von Protesten, die die Rechte von ArbeitnehmerInnen verteidigen. Von meinem Gehalt

beit im EU-Parlament die EU zu verändern. Wir nutzen sie vielmehr als Bühne, um Kämpfen Öffentlichkeit zu geben. 2011 habe ich mich an der „Flotilla“ beteiligt, um die Situation der palästinensischen Bevölkerung im Gaza Streifen aufzuzeigen. Ich bin nach Ka-

Abkommen mit den USA („TIPP“). Die EU behauptet, es würde Wachstum und Arbeitsplätze bringen. In Wirklichkeit ist es eine Umsetzung der Wunschliste der Lobbyisten. Ich werde innerhalb und außerhalb des Parlamentes gegen dieses Abkommen kämpfen. Anderes Beispiel: Der Estrela-Bericht, der den Zugang zu sicherer und legaler Abtreibung forderte, wurde von den konservativen Mehrheitsfraktionen mit knapper Mehrheit von sieben Stimmen abgelehnt. Die aggressive „pro-life“-Lobby hatte gegen den Bericht mobil gemacht hat. Das ist ein Schlag ins Gesicht für viele Frauen. Savita Halappanavar musste sterben, weil es in Irland kein Recht auf Abtreibung gibt.

Solidaritätsbesuchen in Griechenland und anderen „PIIGS-Ländern“ habe ich versucht, die Idee vom gemeinsamen europäischen Widerstand konkret zu machen. Nur mit europaweiten Protesten und Generalstreiks können wir die Troika in die Knie zwingen.

Die tiefen soziale Krise hat braunen Rattenfängern neuen Auftrieb gegeben. Im nächsten Parlament werden Abgeordnete der griechischen Goldenen Morgenröte und der ungarischen Jobbik sitzen. Nur eine starke Linke mit einem deutlichen Anti-Krisen Programm kann den FaschistInnen Paroli bieten. Das bedeutet, die Ursache der Krise zu benennen: das kapitalistische System an sich. Eine freiwillige Föderation sozialistischer Staaten, welche die Diktatur der Troika stoppt und ihre neoliberalen Politik rückgängig macht, kann das Ruder herumreißen. Das geht aber nur, wenn wir mit der Logik des Kapitalismus brechen und ihn durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzen.

Paul Murphy, Sozialist aus Irland, kandidiert wieder und berichtet über seine Arbeit im EU-Parlament.

tiefen Krise, die in fast allen Mitgliedsstaaten der EU fühlbar ist. Die Troika hat in den „Krisenländern“ eine Wüste aus sozialem Elend hinterlassen. Im Europäischen Parlament gab es kaum Widerstand dagegen. Die Bevölkerung wendet sich von den etablierten Parteien ab. Aber die linken Kräfte der Fraktion der European United Left/Nordic Green Left (GUE/NGL) könnten zur drittstärksten Kraft im EU-Parlament werden. Ich bin Teil dieser Fraktion und habe in den letzten Jahren versucht, als Marxist im Europäischen Parlament konsequent für sozialistische Politik einzustehen.

behalte ich nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn eines jungen irischen Arbeiters (21.000 €/Jahr). Den Rest spende ich für politische Arbeit. Ich lehne es ab, mich mit IndustrielobbyistInnen zu treffen. Das Troika-Programm der konservativ-sozialdemokratischen Regierung in Irland hat soziale Proteste ausgelöst. Ich habe mich daran nicht nur beteiligt, sondern wir als Socialist Party (CWI in Irland) haben sie aktiv angestoßen. Die Forderung nach einem Ende der Sparpolitik bildet die Grundlage unserer Wahlkampagne.

Die Socialist Party hat nicht die Illusion, durch die Ar-

sachstan gereist, um die unabhängigen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Nasarbajew-Diktatur zu unterstützen. Gemeinsam mit der tamilischen Community kämpfe ich für eine unabhängige internationale Untersuchungskommission über den Genozid an der tamilischen Bevölkerung Sri Lankas.

Anders als andere Abgeordnete, die vor Wahlen Scheinopposition betreiben und dann neoliberalen Gesetze durchwinken, stimme ich im Parlament gegen die Politik der Herrschenden. Das größte Freihandelsprojekt der Kommission und des Rates ist das geplante

Das Programm, auf dessen Basis ich kandidiere, ist ein klares Nein zur Sparpolitik. Es muss darum gehen, die Troika-Politik zu beenden und nicht zu legitimieren. Wir müssen die Umsetzung der Memoranden verweigern. Schluss mit der Zahlung der Schulden. Die Spekulanten, Banken und Superreichen müssen zahlen. Mit regelmäßigen

Seattle: 15\$ Mindestlohn jetzt!

Ende 2013 wurde Kshama Sawant, Mitglied von Socialist Alternative (SA), Schwesterpartei der SLP in den USA, in den Stadtrat von Seattle gewählt. Das hat große Wellen geschlagen, es wurde Landesweit berichtet, v.a. da sie sich offen als Sozialistin und Marxistin bezeichnet. Vor dem Hintergrund von Armut, Arbeitslosigkeit, schlechter Gesundheitsversorgung usw. suchen viele nach Alternativen zum Kapitalismus und sind für sozialistische Ideen aufgeschlossen. Seit der Wahl Kshamas sind über 200 neu Leute in 45 Städten SA beigetreten. Die wichtigste Wahlkampagne war der Kampf für einen 15\$/h Mindestlohn. SA gelang es, daraus eine Bewegung aufzubauen, 15Now (15now.org), die sich auf viele andere Teile der USA ausdehnte. Im Wahlkampf in Seattle wurde der Druck so groß, dass auch die Demokraten, die den Bürgermeister stellen, diese Forderung aufgriffen. Nach der Wahl versuchen sie jetzt, die Einführung des Mindestlohns zu verschieben und die Menschen gegeneinander auszuspielen, da ihn nicht alle bekommen und Sozialleistungen oder auch Trinkgeld von den 15\$ abgezogen werden sollen. Die UnternehmerInnen ringen mit

Geotg Kumer

den Händen und die Medien prognostizieren den Untergang der Stadt. Alle Umgehungsmöglichkeiten für UnternehmerInnen müssen konsequent abgelehnt werden und die Strategie von SA ist es, möglichst viele Menschen in den Kampf um den Mindestlohn einzubinden und Druck von der Straße zu erzeugen. Es gibt in Seattle mehrere 15Now UnterstützerInnengruppen die Menschen mobilisieren und Aktionen durchführen. Anfang Mai wird eine Unterschriftenkampagne gestartet um im November eine Volksabstimmung durchführen zu können.

Die UnternehmerInnen und die Medien werden eine enorme Hetzkampagne losbrechen, der die AktivistInnen von 15 Now etwas entgegensemmt werden müssen. SA und 15 Now werden versuchen, bis zu 100.000 Menschen im Rahmen der Unterschriftenkampagne anzusprechen. Dabei geht es nicht nur um den Mindestlohn, sondern auch darum, dass eine enorme Anzahl von Menschen zum ersten mal aktiv in politische Arbeit eingebunden wird und so die Basis für eine Stärkung der ArbeiterInnenbewegung in Seattle und darüber hinaus gelegt werden kann.

Geotg Kumer



Orbáns magyarisches Machtspiel

Seit Jahren baut Regierungschef Orbán mit seiner 2/3-Mehrheit Ungarn in einen autoritären Staat um. Massive Angriffe ge-

geoise mit undemokratischen bis rechtsextremen Regimes hat, solange diese ihren wirtschafts-imperialistischen Interessen

Union) oder China zu verhindern.

In diesem Spannungsfeld wird Orbán in der nächsten Periode seine autori-

Nach dem Wahlsieg der nationalkonservativen Fidesz zückt die EU nicht einmal mit den Achseln.

gen Gewerkschaften, Diskriminierung von Minderheiten und Verfolgung von oppositionellen Stimmen inklusive. Und seit Jahren ist die Reaktion der EU dieselbe: man äußert „eine tiefe Besorgnis“ und geht zur Tagesordnung über. Von der Europäischen Volkspartei wurde Orbáns jüngster Wahlsieg gar freudig begrüßt und gefeiert.

Das zeigt, wie wenig Be- rührungsängste die Bour-

nicht zu widerlaufen. Zwar verursachen Orbáns nationalistische Gesetze gegen ausländische Unternehmen, allen voran europäische Banken, ein gewisses Bauchweh. Doch weil sich Orbán zuletzt wegen Milliardenkrediten an Russland wie auch China wandte, geht es dem EU-Kapital nun in erster Linie darum, die Kontrolle über Ungarn zu behalten und eine weitere Annäherung an Russland (Stichwort Eurasische

täre Macht weiter ausbauen können und damit stellvertretend für Teile des europäischen Kapitals aus testen, wie weit man innerhalb der EU beim Demokratieabbau gehen kann. Vor dem Hintergrund der Krise und des Widerstandes gegen die europaweite Kürzungspolitik ist daher nicht auszuschließen, dass andere europäische PolitikerInnen diesem Vorbild folgen werden.

Alexander Svojko

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Taiwan: Gegen Handelspakt

Am 30. März fand die größte Demonstration in der Geschichte Taiwans statt. 500.000 DemonstrantInnen zeigten in Taipeh, dass die Massenproteste der letzten Monate noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht haben. Die Bewegung richtet sich in erster Linie gegen den Präsidenten Ma Ying-jeou und ein geplantes Handelsabkommen mit China. Dieses würde zu einer Deregulierung der Wirtschaft auf Kosten von Löhnen

und ArbeiterInnerechten führen. Mittlerweile wird die Absetzung des Präsidenten gefordert, der unter anderem für massive Polizeirepression verantwortlich ist. Aus sozialistischer Sicht kann es aber nicht bei diesen Forderungen bleiben. Deshalb ruft das CWI in Taiwan zu weiteren Massenprotesten, der Bildung von Streikkomitees und einem 24-stündigen Streik auf.

<http://socialittw.blogspot.com.au/>

BRD: SAV und DIE LINKE

Die SAV (CWI in Deutschland) ruft für die Wahl zum EU-Parlaments für DIE LINKE auf, weil „es nicht egal ist, ob VertreterInnen einer Partei, die der neoliberalen Politik eine Absage erteilt“ dort präsent sind. Allerdings positioniert sich die SAV klar gegen die weitere Rechtsverschiebung, welche DIE LINKE bei ihrem Hamburger Parteitag gemacht hat. Die EU wird nicht mehr offen als „neoliberal, militaristisch und

undemokratisch“ charakterisiert, um sich Grünen und SPD anzunähern. Die Arbeit in der LINKEN ist für die SAV von zentraler Bedeutung. Daher kandidieren Lucy Redler und Heidrun Dittrich (Mitglieder der SAV) für den Parteivorstand der LINKEN. Sie treten für eine stärkere Verankerung in außerpalamentarischen Bewegungen und Gewerkschaften sowie einen linken Kurs ein.

www.sozialismus.info

GR: Antifa

Viertausend AntifaschistInnen aus 20 Ländern bzw. 32 Organisationen sowie 30 Gruppen aus Athen bzw. Piräus kamen vom 11.-13. April in Athen zusammen. Die Konferenz stand ganz im Sinne des Internationalismus, der der stärker werdenden Rechten in Europa entgegengesetzt werden muss. Xekinima (CWI in Griechenland) war eine der HauptorganisatorInnen der Konferenz.

<http://www.xekinima.org/>



Ist die Kreisky-Nostalgie berechtigt?

*Abseits von Mythos und Verklärung:
Wie links war Kreiskys Politik wirklich?*

„Dass mir ein paar Milliarden mehr Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten als ein paar hunderttausend Arbeitslose mehr bereiten würden“. Viele würden diesen Satz Bruno Kreiskys gerne von heutigen PolitikerInnen hören. Gerade in einer Zeit, in der Milliarden in Banken geckelt, gleichzeitig Sozialleistungen gestrichen werden und die Arbeitslosigkeit steigt, wünschen sich immer mehr Menschen PolitikerInnen, die Politik für Menschen statt für die Wirtschaft machen. Daher ist der nostalgische Rückblick auf Kreisky durchaus verständlich.

Zu den wichtigsten und bekanntesten Reformen aus Kreiskys Regierungen gehören eine Reihe von gesellschaftspolitischen Liberalisierungen. Durch SchülerInnenfreifahrt, Gratis-Schulbücher, Abschaffung der AHS-Aufnahmeprüfung und den freien Hochschulzugang wurde auch Kindern aus der ArbeiterInnenklasse der Zugang zu höherer Bildung ermöglicht.

Auch in Sachen Frauenrechte gab es große Fortschritte. In der Ehe wurde die Frau dem Mann rechtlich gleichgestellt und die

Fristenlösung, die Abtreibung bis zum dritten Monat straffrei stellt, eingeführt. Aber an diesem Beispiel kann man auch die Schwächen der Reformen erkennen. Denn obwohl Abtreibung straffrei wurde, war sie weiter kostenpflichtig. Die Durchführung wurde Privaten überlassen. In der Praxis ist dies ein großes Hindernis für viele Frauen.

Gemeinsam ist den bekanntesten Reformen eines: sie befanden sich v.a. auf der rechtlichen Ebene und kosteten wenig bis gar nichts. Tatsächlich konnte Kreisky so Sympathiepunkte bei ArbeiterInnen und einer Schicht des Kleinbürgertums sammeln, ohne tatsächlich Politik gegen die Interessen des Kapitals zu machen.

Denn bei der Wirtschaftspolitik zeigt sich ein anderes Bild. Zu Beginn von Kreiskys Amtszeit war die österreichische Wirtschaft veraltet. Die ÖVP stand aufgrund ihrer Verbindung mit der Wirtschaft unter dem Druck aus Klein- und Mittelbetrieben sowie den Kammern. Hier kam Kreiskys Politik ins Spiel. Er konnte die für die Industrie notwendigen Modernisierun-

gen durchführen. Bürokratische Hürden wurden abgebaut und es wurde in Forschung investiert. Die SPÖ-Regierung setzte die Interessen bestimmter Teile des Kapitals um. Die positiven Effekte für die ArbeiterInnenklasse waren vor allem kurzfristige Begleiterscheinungen.

Eine weitere Maßnahme waren Exportgarantien, die Unternehmen dazu bringen sollten, zu investieren. Risiko und eventuelle Kosten trägt der Staat; ein ähnliches System wie die Landeshaftungen im Fall Hypo. Kreiskys „Millionen für Arbeitslose“ waren in Wirklichkeit viel mehr Millionen für die Gewinne privater Unternehmen. Denn die Staatsverschuldung musste die ArbeiterInnenklasse in Folge teuer zurückzahlen.

Als der wirtschaftliche Aufschwung ab Mitte der 1980er endgültig vorbei war, platze die „Kreisky-Blase“. Die Staatsverschuldung wurde zum Problem und musste abgebaut werden. Dabei wurden aber nicht Unternehmen und Vermögende zur Kasse gebeten. Es kam zu einer Reihe von Einsparungen und Privatisierungen. Das erste

Sparpaket wurde noch von Kreisky selbst geschnürt. Im „Mallorca-Paket“ war bereits die Erhöhung der Mehrwertsteuer enthalten.

Die niedrige Arbeitslosigkeit blieb durch die Modernisierungen und den Strukturwandel in der österreichischen Wirtschaft während der Wirtschaftskrise tatsächlich niedriger als in anderen Ländern, schnellte aber dafür in den 80ern in die Höhe. Und tatsächlich begann die Umverteilung von unten nach oben schon unter Kreisky. Die bereinigte Nettolohnquote (also der wirkliche Anteil unselbstständiger Arbeit am Volkseinkommen) sinkt seit den 1970er Jahren.

Kreisky – damals eher ein Vertreter des rechten Flügels der SPÖ – mag uns heute angesichts der Politik der heutigen SPÖ „links“ erscheinen. Doch er war nur ein Ausdruck der 70er Jahre und der damaligen SPÖ. Alles in allem beschränkte sich Kreiskys Politik darauf, den Kapitalismus zu verwälten. Es wurden kaum Maßnahmen zur Umverteilung hin zur ArbeiterInnenklasse oder zu Verstaatlichungen ergriffen. Die Reformen, die tatsäch-

lich Bedeutung für die österreichische ArbeiterInnenklasse haben, waren vor allem diejenigen, die zu einer gewissen gesellschaftspolitischen Liberalisierung und zu mehr Chancengleichheit beigetragen haben.

Kreiskys Reformen fanden vor dem Hintergrund einer internationalen Entwicklung (Revolutionäre Erhebungen in einer Reihe von Ländern, '68er Bewegung) statt und spiegeln das wider. Vor allem aber war der Kapitalismus damals gerade am Ende eines außergewöhnlich langen und starken Aufschwungs. Er hatte sich quasi einen Reserve-Speck angefressen, von dem auch etwas für die ArbeiterInnenklasse abgezweigt werden konnte. Kreisky hat sich einfach an die Möglichkeiten des Kapitalismus angepasst. Dasselbe gilt eigentlich auch für die heutige SPÖ-Führung. Um tatsächlich langfristig Verbesserungen für die Lebensbedingungen der gesamten Menschheit zu ermöglichen, braucht es ein anderes, ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Christoph Glanninger

SLP-Programm genau erklärt:

Die Forderung ist ein „Klassiker“ der marxistischen Bewegung. Sie geht auf das „Übergangsprogramm“ von Leo Trotzki aus dem Jahr 1938 zurück. Sie ist topaktuell!

men „wir wollen ja, aber leider, das Geld fehlt“. Doch die Zahlen die wir dann vorgelegt bekommen, sind bestenfalls ein Teil der Wahrheit. Warum erfahren wir alle, die wir für die Hypo zahlen sol-

Was heißt eigentlich „Offenlegung der Bücher?“

Etwa bei der Hypo, bei Bewegungen gegen Korruption, bei Firmen- oder Bankenzusammenbrüchen und in der normalen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Wir haben das Recht, zu wissen was mit unserem Geld passiert ist. Wo sind die Werte, die wir als Beschäftigte durch unsere Arbeit geschaffen haben, gelandet? Wir kennen alle die Ausrede von Regierung und Unterneh-

len, nicht, wer die GroßanlegerInnen sind, die in den letzten Jahren profitiert haben?

Die gesetzlichen Rechte für Betriebsräte sind sehr beschränkt. „Betriebsgeheimnis“ und „Verschwiegenheitspflicht“ sind Zügel, die angelegt werden. Betriebsräte dürfen die Zahlen nicht an die Belegschaft weitergeben und sollen so zu Handlangern der Un-

ternehmensleitung werden. Es geht darum, Kürzungen durchzubringen. Denn die Konkurrenz holt sich die Informationen sowieso. Bei Lohnverhandlungen, Stellenabbau, Firmenpleiten etc können wir uns nicht auf die manipulierten Angaben der UnternehmerInnen verlassen. Die Offenlegung der Bücher bedeutet die Prüfung aller Unterlagen durch VertreterInnen der Belegschaft sowie der Gewerkschaften. Diese Maßnahme kann auch ein erster Schritt sein, um eine Firma unter demokratischer Verwaltung der Beschäftigten und der Öffentlichen Hand zu übernehmen. Zu wissen, wo das Geld ist und wer es vorher wohin gesteckt hat, ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Warum ich bei der SLP bin

Für Politik interessiere ich mich schon lange, und beinahe genau so lang habe ich nach etwas gesucht, was meinen Interessen und Anforderungen entspricht. An der SLP hat mich vor allem der aktive Kampf auf der Straße gelockt und die Aktivitäten in vielen Betrieben und Plattformen. Für mich war schon immer klar, dass sich politisches Handeln nicht auf theoretische Diskussio-

nen in Hinterzimmern beschränkt, sondern dass es ein Gleichgewicht zwischen Aktivität und Diskussion braucht. Die SLP bietet dies an und noch viel mehr.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Mitgliedschaft im CWI, wodurch wir auf der ganzen Welt miteinander vernetzt sind. Um den Kapitalismus und seine Widerlichkeiten zu besiegen, braucht es die ganze Welt und nicht nur ein

Land. Zumindest lehrt uns dies die Geschichte.

Mir sind vor allem Frauenrechte und der Kampf gegen jegliche Art von Diskriminierung sehr wichtig. Und mir ist es dabei auch ein großes Anliegen, dieses auf der Straße zu zeigen und nicht nur darüber zu reden. Gemeinsam können wir die Ungerechtigkeiten in Österreich und auf der gesamten Welt abschaffen!

Sarah Krenn, 18,
Schülerin in Salzburg

Der 1. Mai bringt viele Demos & Aktionen – und für viele GenossInnen hohe Reisekosten.

In Österreich sind wir heuer am 1. Mai in Graz, Wien, Linz, Salzburg sowie erstmals Innsbruck vor Ort. In Linz hat die Kampagne „Strache aus der Stahlstadt jagen“ voll abgehoben. Zur Unterstützung werden GenossInnen aus anderen Bundesländern anreisen. Auch in Innsbruck und Graz werden die Interventionen von „auswärts“ unterstützt. Auch die Zei-

tung muss verschickt werden. International werden wir heuer wieder in Ungarn (Budapest) und in der Türkei (Ankara) vertreten sein. GenossInnen (mit oft niedrigem Einkommen) sind mit hohen Reisekosten konfrontiert. Wenn Du uns konkret unterstützen möchtest, kannst Du das mit einer „1. Mai-Reisekostenspende“ tun. Danke!



Spenden mit dem Verwendungszweck "1. Mai" bitte auf unser Konto:

PSK 8812.733
BLZ 60.000
IBAN: AT2560000000
8812733
BIC: OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
in der 'Libreria Utopia'
15., Preisingasse 26–28/1
(U3 Schweglerstraße)

SLP Wien-Nord
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria La Piazza'
20., Gaussplatz 7
(31 bis Gaussplatz oder
Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Mitte
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Kebab-Haus'
4., Operngasse 26
(Nähe Karlsplatz)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns



Keine Demo ohne „Vorwärts“! Krone TV berichtete über den ersten Protest gegen die Bildungskürzungen. Die SLP war mit Transparent, Schildern und Infomaterial anwesend. Der „Sitzstreik“ wurde zwar von SJ, AKS & Co organisiert, doch diese hatten weder mobilisiert noch aussagekräftiges Material vor Ort – also wurden wir von oben bis unten abgefilmt und setzten die Initiative zur Gründung von Schulkomitees.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen
aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen
ab € 7,-/Monat: Alles Inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Europaweit gegen Rechts!

Rechtsextreme vernetzen sich für die EU-Wahlen. Unsere Antwort: Widerstand!

Zu den EU-Wahlen 2014 versuchen Europas Rechte wieder einmal sich zu verbünden. Die FPÖ, der französische Front National, die italienische Lega Nord, der belgische Vlaams Belang, die niederländische Partei der Freiheit und die Slowakische Nationalpartei wollen Fraktionsstatus in der EU erhalten. Ein dauerhaftes Bündnis wird es wohl nicht werden. Im Zuge der Krise verschärfen sich Widersprüche zwischen Nationalstaaten und die

Rechten finden sich bald an verschiedenen Fronten wieder. Es ist eine Zweckgemeinschaft zum Ausbau ihres nationalen Einflusses und um an EU-Förder töpfen zu naschen.

Das heißt nicht, dass von diesem Bündnis keine Gefahr ausgeht. Die Vernetzung zwischen europäischen Rechten schreitet voran. Dabei versuchen sie sich von verstaubter Rhetorik wegzubewegen (Fall Mölzer) und sich „modern-patriotisch“ zu ge-

ben. Sie bieten nationale Scheinlösungen für eine Krise an, die nur international gelöst werden kann; und zwar nicht von Institutionen wie der EU, sondern von den ArbeiterInnen und Jugendlichen Europas.

Dafür braucht es eine politische Alternative, die sich auf EU-Ebene für die Umsetzung eines konsequent sozialistischen Programms einsetzt und aktiv gegen Rassismus und Nationalismus vorgeht.

Andreas Sauter



Die Stahlstadt Linz gegen Strache

Mehr auf Seite 5

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.